

Sachdokumentation:

Signatur: DS 959

Permalink: [www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/959](http://www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/959)



### Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

### Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



**Medienmitteilung**  
Bern, 9. Januar 2018

## **JA SRG: Service public geht auch ohne Billag-Abzocke**

**Bei einem JA zu No Billag wird die SRG nicht verschwinden. Als Primus der Schweizer Medienlandschaft wird sie auch künftig eine wichtige Rolle im Service public spielen. Das zeigt der heute vor den Medien präsentierte Plan B des überparteilichen gewerblichen Komitees „No Billag JA“. Dank einem JA zu No Billag wird aber endlich die verhinderte Diskussion über Umfang und Inhalt des Service public geführt werden. Sendungen und Sendungsreihen, die sich nicht im Markt finanzieren lassen, werden auf dieser Basis auch künftig gefördert werden können. Dies jedoch demokratisch legitimiert und ohne willkürlich Abzocke, Doppelbesteuerung von Unternehmen und Marktverzerrungen zuungunsten von privaten Medien.**

Vor der Abstimmung über die No Billag Initiative malen die Medienministerin und die SRG-Verantwortlichen aus taktischen Gründen schwarz. Die SRG werde bei einem JA zu No Billag ohne Plan B liquidiert. «Wenn die Funktionäre der SRG angesichts der hervorragenden Positionierung der SRG drohen, diese ohne Plan B komplett zu liquidieren, ist dies betriebswirtschaftlich falsch und demokratiepolitisch fragwürdig. Diese Position kommt einer versuchten Erpressung des Schweizer Stimmvolkes durch vorgetäuschte Arbeitsverweigerung nahe», sagt Jean-François Rime, SVP-Nationalrat und Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes sgv: «Denn wenn das Management und die strategische Führung mit dem Juwel SRG in der Hand, keine Visionen und Geschäftsideen zu entwickeln im Stande sind, ist jeder investierte Steuerfranken zu viel».

«Die SRG wird mit einem Budget eines Grosskonzerns in dreistelliger Millionenhöhe weiterarbeiten können. Beim Publikum und im Werbemarkt ist die SRG hervorragend positioniert», sagt Matthias Müller, Vizepräsident der Jungfreisinnigen Schweiz. Ohne die Fesseln der Mediensteuer wird sie neue Möglichkeiten nutzen können. «Der Service public wird grösstenteils über Einnahmen aus dem Markt finanziert werden können. Bei sprachlichen Minderheiten ist der Service public weitgehend unbestritten und wird auch mit einem JA zu No Billag im Markt aber auch über die Förderung von Sendungen oder Sendungsreihen finanziert bleiben», konkretisiert FDP-Nationalrat und sgv-Direktor Hans-Ulrich Bigler den Plan B.

Ein JA zu No Billag ist die Chance für eine neue und unabhängige SRG. Und mit einem JA zur No-Billag Initiative wird die ungerechtfertigte Mediensteuer und eine willkürliche Doppelbesteuerung für Unternehmen abgeschafft. «Die Bürgerinnen und Bürger sollen künftig der SRG für ihre qualitativ guten Sendungen und Angebote ihre Beiträge bezahlen und nicht aus Zwang ein Generalabonnement, das sie nie bestellt haben», sagt SVP-Nationalrätin und Unternehmerin Sylvia Flückiger-Bäni.

«Während das Budget für die Erfüllung der Staatsaufgaben demokratisch legitimiert im Parlament beraten und beschlossen wird, können bei der Mediensteuer nicht gewählte SRG-Funktionäre ausserhalb jeglicher parlamentarischen Einflussmöglichkeit und am Souverän vorbei im Alleingang über Steuermilliarden verfügen», argumentiert Marcel Dettling, SVP-Nationalrat aus Schwyz und Landwirt. Über 1.35 Milliarden Franken stehen ihnen quasi als Blankoscheck zur Verfügung, was damit in etwa der Hälfte des Aufwandes für die Nationalstrasseninfrastruktur oder knapp dem Gesamtbudget des Kantons Schwyz entspricht.

«Ein JA zur No Billag Initiative stärkt die Medienvielfalt und verhindert die Verstaatlichung auch der Print- und Onlinemedien in der Schweiz», sagt Peter Schilliger, FDP-Nationalrat und Unternehmer. «In

der aktuellen Medienpolitik ist eine weitere Verstaatlichung des Schweizer Mediensystems mit der Ausweitung von Subventionen an Zeitungen oder Online-Portale mit dem neuen Mediengesetz vor- skizziert. Das wäre das Ende von Medienvielfalt und freien Medien. Diesen Entwicklungen muss ent- schieden entgegengetreten werden.»

Als freies Unternehmen wird die SRG die Chancen des Marktes voll nutzen können. Dass die SRG mit Steuermilliarden den Markt verzerrt und private Medienhäuser als übergrosser Moloch bedrängt und ausbremst, wird nicht mehr der Fall sein. Die SRG wird der Primus in der Schweizer Medienland- schaft bleiben, aber in einem fairen Wettbewerb mit gleich langen Spiessen.

#### **Weitere Auskünfte**

**Jean-François Rime**, Nationalrat SVP FR und Präsident sgV, Mobile 079 230 24 03

**Hans-Ulrich Bigler**, Nationalrat FDP ZH und sgV-Direktor, Mobile 079 285 47 09

**Sylvia Flückiger-Bäni**, Nationalrätin SVP AG, Vorstand sgV, Unternehmerin, Mobile 079 303 95 64

**Marcel Dettling**, Nationalrat SVP SZ und Landwirt, Mobile 079 353 32 89

**Peter Schilliger**, Nationalrat FDP LU und Unternehmer, Mobile 078 671 14 18

**Matthias Müller**, Vize-Präsident Jungfreisinnige Schweiz, Mobile 079 839 64 04

## Faktenblatt

### Der Plan B für die SRG und den Service public der privaten regionalen Medienanbieter nach einem JA zur No Billag Initiative

#### Ausgangslage

Vor der Abstimmung über die No Billag Initiative malen Direktion und Verwaltungsrat der SRG aus taktischen Gründen schwarz und sprechen von einem Lichterlöschen und einer Liquidation der SRG bei einer allfälligen Annahme der Initiative. Sogar Medienministerin Doris Leuthard hat sich dieser unglaubwürdigen Angstkampagne angeschlossen und warnt, dass es keinen Plan B gäbe.

Das vorliegende Faktenblatt rechnet vor, wie die SRG nach einem JA zu No Billag mit einem Budget im hohen dreistelligen Millionenbereich weiterhin eine starke Stellung im Medienmarkt behalten kann und wie die Unterstützungszahlungen aus der Deutschschweiz in die drei Sprachregionen wie auch an alle privaten Sender, die heute Unterstützung erhalten, gewährleistet werden können.

#### Situationsanalyse

Die SRG ist bezüglich ihrer Position im Werbemarkt und in Bezug auf die aufgebaute und weitestgehend bezahlte Infrastruktur hervorragend aufgestellt. Mit positionierten und geschätzten Sendungen bei den Zuhörerinnen und den TV-Zuschauern sowie in Bezug auf die professionellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ist die SRG der unerreichte Primus der Schweizer Medienlandschaft.

Im Bericht der SRG heisst es: „Ihre Radioprogramme und in der Hauptsendezeit auch Fernsehprogramme sind in allen vier Sprachregionen marktführend.“

Die SRG ist zu gut positioniert, als dass die angedrohte Liquidation ohne Plan B auch nur annähernd glaubwürdig wäre. Konkrete Beispiele finden sich im Geschäftsbericht 2016 der SRG:

- Schweizweite Versorgung: Der Empfang von Radio- und Fernsehprogrammen der SRG ist auf verschiedene Arten möglich. Damit ist eine fast 100-prozentige Versorgung der Haushalte sichergestellt.
- Das Umlaufs- und Anlagevermögen der SRG umfasste gemäss Bilanz 2016 CHF 1,075 Mia. Die SRG kann sich auf eine intakte und gut funktionierende Infrastruktur abstützen. Für die terrestrische Verbreitung von Radio- und Fernsehprogrammen unterhält sie 2016 1259 Radio- und 215 Fernsehsendeanlagen.
- Der audiovisuelle Service public ist weitreichend und umfasst die Abbildung der Schweiz, Demokratie und freien Meinungsbildung, Integration, Kultur, Bildung, Unterhaltung, Alleinstellung und Ausstrahlung im Ausland.
- Die Marktanteile beim Radio sind hoch. Radio SRF verfügt über 58,3%, SRF 1 über 30,4%, SRF 3 über 16,7% Marktanteil. Die Schweizer Privatsender zusammen kommen auf 30,6%. Die Publikumsreichweite beim Radio SRF umfasst 2,695 Mio. Hörerinnen und Hörer, davon SRF 1 allein 1,576 Mio. und SRF 3 1,219 Mio. Zuhörerinnen und Zuhörer. Die Schweizer Privatsender umfassen zusammen weniger, nämlich 2,594 Mio.
- Das Fernsehen hat einen Marktanteil von 37,9% (Primetime) und 30,9% im 24-Stunden Betrieb. Die Publikumsreichweite beträgt im Primetime-Bereich rund 2 Mio. Zuschauerinnen und Zuschauer. SRF 1 umfasst zur Primetime mit 1,7 Mio. Zuschauerinnen und Zuschauer allein mehr als alle Zuschauerinnen und Zuschauer der Schweizer Privatsender gemeinsam.
- Auch die Publikumsreichweite bei den französisch- und italienischsprachigen Sendern lässt sich sehen: 717'000 bei RTS (Primetime) und 156'000 bei RSI (Primetime).
- Die Statistik der Online Nutzungen lässt ebenfalls auf eine gute Abstützung im Publikum schliessen.
- Die SRG kann auf eine grosse Anzahl qualifizierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zählen, die sich permanent weiterbilden und fachlich à jour halten.

Wenn ein Verwaltungsrat oder eine Geschäftsführung angesichts dieser dominierenden Zahlen und angesichts dieser hervorragenden Positionierung eines Unternehmens androhen, dieses ohne eine Alternative aufzuzeigen, geordnet zu liquidieren, ist das nicht glaubwürdig. Bei der Öffnung des Telefoniemarktes in den 90-er Jahren hatte die heutige Swisscom solche Vorteile genutzt und konnte sich unter den neuen Marktbedingungen prächtig entwickeln.

### **Der Plan B für eine neue und befreite SRG**

Bei einem JA zu No Billag wird die SRG nicht verschwinden. Sie wird auch bei einem JA mit einem Budget eines Grosskonzerns in dreistelliger Millionenhöhe weiterarbeiten können. Der Plan B wird im Folgenden konkretisiert für den Publikumsmarkt (TV, Radio), für den Werbemarkt, bezüglich Chancen für Kosteneinsparungen wie auch bezüglich künftiger staatlicher Fördermodelle nach einem JA zu No Billag aufgezeigt. Der Plan B wird mit zwei Budgetmodellen zusätzlich quantifiziert.

### **Der Plan B für eine starke SRG im TV- und Radio-Markt**

Im Bereich Information sind die heutigen Sendungen der SRG stark am Markt positioniert. Beim Radio werden in der Primetime Quoten von 58,3% (Radio SRF) und beim Fernsehen von 37,9 % erreicht. Rund um die Flaggschiffe der SRG lassen sich Grundpakete für Pay-TV Angebote definieren, mit denen sich die SRG auf einen Schlag auch ohne Mediensteuer grosse Marktanteile sichern kann.

Die SRG besitzt zusätzlich zu diesem breiten Grundangebot in verschiedenen Teilmärkten eine ebenso dominante Stellung, mit der sich heute am Markt als Geschäftsmodell bereits etablierte Zusatzpakete kreieren lassen. Im Bereich Sport kann die neue SRG mit fest etablierten Sendungen und einer fast unschlagbar starken Marke auftreten. Für Fussball, Ski, Schwingen... können Zusatzpakete definiert werden, mit denen die SRG allen Konkurrenten weit voraus ist.

Für die Umsetzung dieser neuen Positionierung am TV-Markt kann die SRG auf die besten Leute zurückgreifen, die sie vom Arbeitsmarkt zu sich ziehen konnte. Sie kann auf eine breite, funktionierende Infrastruktur zurückgreifen, von der jeder Konkurrent weit entfernt ist. Mit dieser Strategie wird die SRG auf Basis des heute bestehenden Angebots einen grossen Teil (nicht den ganzen Betrag) der aktuell über Zwang eingetriebenen Mediensteuer fair am Markt operierend erwirtschaften können.

→ **Jährliches Einnahmepotenzial: 200 bis ca. 600 Millionen Franken**

### **Plan B für eine SRG als Leaderin im Werbemarkt**

Die No Billag Initiative kann die SRG aus ihren Fesseln befreien. Die Mediensteuer macht heute aus der SRG einen Staatssender in Dauerkritik. Ohne diese staatlichen Fesseln kann die SRG als starkes und befreites Unternehmen die Chancen im Werbemarkt nutzen.

Auch mit der guten Positionierung, gehen die Einnahmen von Gebührenzahlern/Abonnenten mit einem Ja zu No Billag und dem Wegfall der Zwangssteuer zurück. Dafür sind neue höhere Einnahmen aus der Werbung über TV, Radio und Online zu erwarten. Mit der heutigen Konzessionierung in den Fesseln der Mediensteuer darf die SRG weder online noch am Radio Werbung verkaufen. Gerade beim Radio besteht für die SRG als Marktleaderin ein Potenzial. Aber auch im TV-Bereich ist die SRG bezüglich Werbung heute eingeschränkt. Mit einem JA zu No Billag eröffnen sich der SRG hier neue Möglichkeiten um Werbeeinnahmen zu erzielen, die höher sind als heute.

→ **Jährliches Einnahmepotenzial: 410 bis 420 Millionen Franken**

### **Chancen auf der Kostenseite**

Gerade in der Deutschschweiz, wo die SRG heute im Markt private Medien konkurrenziert, kann die SRG ihre Angebote schärfen und differenzierter am Markt auftreten. Sie wird Möglichkeiten nutzen können, die parallele Bedienung von drei Sendern im selben Markt zu überprüfen und hier Kosteneinsparungen realisieren können.

## **Plan B im Bereich Förderung von Sendungen und Sendegefässen**

Die No Billag Initiative will, dass der Bund keine Radio- und Fernsehstationen mehr subventioniert. Fördergelder für einzelne Sendungen, Sendereihen oder konkrete Gefässe des Service public sind weiterhin möglich. Gerade für sprachliche Minderheiten oder Randregionen sind solche weitgehend unbestritten und werden auch vom Schweizerischen Gewerbeverband sgV unterstützt.

Wichtige nationale Sportevents, wo die SRG heute nicht nur die Übertragung, sondern auch die Produktion sicherstellt (Lauberhornrennen, Schwingfeste...) können auch in Zukunft gefördert werden. Die SRG hat das Know-how und die Erfahrung und ist prädestiniert, die Zuschläge für solche Spezialproduktionen zu erhalten.

Die No Billag Initiative sieht auch keine Verbote für Förderungen beispielsweise über Abgeltungen von Übertragungskosten vor, ähnlich der Distributionskosten bei den Printmedien (indirekte Presseförderung).

Die Politik hat folglich mit der No Billag Initiative die Instrumente zur Verfügung, um nach einer entsprechenden Diskussion über Umfang und Inhalt des Service public, gezielt spezifische Sendungen und Inhalte zu fördern.

### **→ Jährliches Einnahmepotenzial: 230 bis 410 Millionen Franken**

## **Die Finanzierung des Service public für sprachliche Minderheiten**

Heute hat die SRG in der Romandie 400 Millionen Franken zur Verfügung. 280 Millionen betragen die Mediensteuereinnahmen in der Region selbst. 120 Millionen werden von der SRG an Zuschüssen geleistet. Das Tessin hat 45 Millionen aus eigenen Gebühren. Zudem werden 220 Millionen eingeschossen, so dass 265 Millionen Franken zur Verfügung stehen. Bei der rätoromanischen Schweiz werden total 25 Millionen Aufwände durch 5 Millionen Mediensteuer und 20 Millionen Franken Zuschüsse abgedeckt.

Die Märkte in den einzelnen Sprachregionen sind klein und können nicht in demselben Umfang Einnahmen sicherstellen, wie das im Markt in der Deutschschweiz möglich ist. Doch die Einnahmen der SRG auch mit einem JA zu No Billag können die heute geleisteten Transferzahlungen aus der Deutschschweiz problemlos abdecken.

- Nur für den einzelnen Sender Radio SRF 1 weist der Jahresbericht 2016 eine Reichweite von 1,576 Millionen Zuhörerinnen und Zuhörern aus. Es sind dies traditionelle Hörerinnen und Hörer, die eine sehr enge Bindung zur SRG haben.
- Aktuell propagiert die SRG einen Jahrespreis von 365 Franken als absolut vertretbar und problemlos.
- Bei einem angenommenen Extremszenario, dass die SRG ganze 50% dieser stark verankerten Kunden verlieren sollte, würde sie immer noch nur aus dieser Deutschschweizer Teilgruppe 287 Millionen Franken Aboeinnahmen generieren.
- Wenn aus dem TV Markt von den nur auf SRF 1 erreichten 1.7 Mio. Zuschauer nochmals jeder zweite als Abonnement erhalten bleibt (Szenario, bei dem sehr hohe 50% der fest verankerten Tagesschau-Zuschauer sich von SRF abwenden würde), würde dies zusätzlich Einnahmen von CHF 310 Millionen nur aus Abonnenten ergeben.

Damit wären sowohl die Anteile der Mediensteuer, die heute von der Deutschschweiz in die Romandie (CHF 120 Mio.), ins Tessin (CHF 220 Mio.) oder an die Rätoromanischen Sender (CHF 20 Mio.) transferiert werden, bereits mehr als abgedeckt. Es würde sogar reichen, nur mit diesen Aboeinnahmen der SRG sämtliche heutige Unterstützungszahlungen an die privaten Sender (CHF 50-60 Mio.) zu bezahlen.

- Heutige Transferzahlungen aus der Deutschschweiz in die Sprachregionen: CHF 360 Mio.

- Heutige jährliche Zahlungen an die privaten Fernsehstationen: CHF 50 – 60 Mio.
- Zur Verfügung stehende Einnahmen (50% nur von Radio und TV SRF 1): CHF 597 Mio.
- **Differenz: plus CHF 177 Mio.**

### Berechnungen Einnahmen der SRG bei Annahme und bei Ablehnung der No Billag Initiative

Verschiedene Schätzungen über die zu erwartenden Einnahmen gehen von einem Budget der SRG nach einem JA zur No Billag Initiative von dreistelligen Millionenbeträgen aus.

#### 1) Berechnung Szenario Medienexperte

Der Medienexperte Kurt W. Zimmermann publizierte am 9.11.2017 unter dem Titel «Das No Billag Abstimmungsbüchlein» folgende Zusammenstellung:

##### In Mio. Franken

Einnahmen	Ja zu "No Billag"	Nein zu "No Billag"
Empfangsgebühren	310	1220
TV-Werbung/Sponsoring	300	280
Radio-Werbung	80	0
Online-Werbung	40	0
Programmertrag	30	45
Übrige Erträge	70	75
Distributions-Verbilligung	80	0
Fördergelder des Bundes	250	20
Fördergelder der Kantone	50	0
Fördergelder von Privaten	30	0
<b>EINNAHMEN TOTAL</b>	<b>1240</b>	<b>1640</b>

Quelle: Jahresbericht SRG SSR, Marktschätzungen

#### 2) Konservativere Berechnung

Nach konservativer Berechnung des sgv kommt die SRG nach einem JA zu No Billag immer noch auf ein Budget von mehr als einer Milliarde Franken.

Abonnementsgebühren	200 Mio.
TV-Werbung und Sponsoring	300 Mio.
Radiowerbung	80 Mio.
Koproduktionen	10 Mio.
Pay-TV-on demand	200 Mio.
Art. 70 und Art. 71 BV	100 Mio.
Onlinewerbung	30 Mio.
Private/Diverses	30 Mio.
Direkte Bundeszuschüsse	20 Mio.
SRG-Entlastung Übertragung	80 Mio.

**Total** **ca. 1-1,1 Mia.**

Dies entspricht etwa dem Szenario CHF 200.- (SVP-Minderheitsantrag zur Vorlage 16.071) und dem Bericht des BAKOM für die KVF-N)

## Pressekonferenz Überparteiliches Komitee «No Billag JA» 09.01.2018

### Eröffnungsstatement

**Referat Jean-François Rime, Nationalrat SVP FR und Präsident Schweizerischer Gewerbeverband sgv**

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich begrüsse Sie zur Pressekonferenz des überparteilichen und gewerblichen Komitees «No Billag JA». Seit Jahren blockieren die Medienministerin und die SRG-Chefs eine resultatoffene und ehrliche Debatte über den Service public der SRG. Noch im Abstimmungskampf zum RTVG wurde versprochen, dass eine solche Diskussion geführt werden muss. Passiert ist nichts. Der Service public Bericht, auf den verwiesen wurde, war ein Pamphlet zur Zementierung der heutigen Strukturen. Die zahlreichen Verbesserungsvorschläge und Inputs aus dem Parlament wurden von der Medienministerin alle abgelehnt.

Die SRG erhält pro Jahr über 1.35 Milliarden Franken Steuergelder und kann davon rund 1.2 Milliarden Franken für sich selber ausgeben. Mit einer Carte Blanche, ohne parlamentarische Kontrolle und ohne, dass das Volk dazu etwas zu sagen hätte, dürfen SRG-Funktionäre frei über diese immensen Mittel bestimmen. Parallel dazu ringen im Parlament 246 demokratisch gewählte Parlamentarierinnen und Parlamentarier über Sparpakete und Budgets bei der Bildung, der Sicherheit oder der Landwirtschaft. Doch bei der SRG sollen weder sie noch das Volk mitreden können. Zahlen, schweigen und die SRG ungestört machen lassen – das kann ich nicht akzeptieren.

Die No Billag Initiative macht nichts anderes, als diese dringend nötige Diskussion einzufordern. Es braucht ein Ja zu No Billag, damit die Medienministerin und die SRG die Blockade aufgeben und endlich bereit sind, demokratisch zu diskutieren und festzulegen, was für einen Service public unser Land braucht. Wer die Gegenkampagne der Medienministerin und der SRG in den letzten Wochen und Monaten beobachtet hat, merkt: Es wird alles darangesetzt, dass ja keine solche Diskussion geführt werden muss. Es wird versucht die No Billag Initiative als das Ende der SRG, des Service public und sogar der Schweizer Demokratie darzustellen. Von Diskussionsbereitschaft und Veränderungswille keine Spur. Die Kampagne der SRG kommt einem trotzigem Erpressungsversuch des Souveräns nahe: „Entweder ihr bezahlt was wir wollen, oder wir schliessen den ganzen Laden“. Das ist völlig ungläubwürdig und es ist undemokratisch.

Das überparteiliche gewerbliche Komitee «No Billag JA» will über diesen verhärteten Fronten stehend, seine Argumente für ein Ja zur No Billag aufzeigen. Wir stehen dafür ein, dass ein Ja zur No Billag Initiative nichts anderes als eine gemässigte bürgerliche Politik ist und nichts mit der Kampfrhetorik zu tun hat, mit der die SRG diese Initiative in die Ecke zu drängen versucht. Unser Anliegen ist nichts mehr als eine Selbstverständlichkeit: Wir wollen in einem offenen demokratischen Prozess über Inhalt und Umfang des Service public der SRG sprechen.

Gerne stelle ich Ihnen die Referentinnen und Referenten kurz vor:

Bei einem Ja zu No Billag wird die SRG bestehen bleiben. Sie wird auch bei einem Ja mit einem Budget eines Grosskonzerns in dreistelliger Millionenhöhe weiterarbeiten können. Die SRG ist im Radio- und TV-Markt und im Werbemarkt hervorragend positioniert. Auf diesen wichtigen Punkt werden FDP-Nationalrat und sgv Direktor Hans-Ulrich Bigler und Matthias Müller, Vizepräsident der Jungfreisinnigen Schweiz eingehen, die einen konkreten Plan B vorstellen, was die SRG Verantwortlichen zu tun verweigern.

Mit einem Ja zur No Billag Initiative wird die ungerechtfertigte Mediensteuer und eine willkürliche Doppelbesteuerung für Unternehmen abgeschafft. Die Bürgerinnen und Bürger sollen künftig der SRG für ihre qualitativ guten Sendungen und Angebote ihre Beiträge bezahlen. Sie sollen nicht aus Zwang ein Generalabonnement bezahlen müssen, das sie nie bestellt haben. Diesen Punkt wird SVP-Nationalrätin und sgv-Vorstandsmitglied Sylvia Flückiger-Bäni aufzeigen.



Ein Ja zu No Billag erzwingt endlich die von der Medienministerin und der SRG seit Jahren blockierte und verhinderte Diskussion um Umfang und Inhalt des Service public. Die Förderung von Radio- und TV-Sendungen wird weiterhin möglich sein, jedoch gezielt und demokratisch legitimiert. SVP-Nationalrat und Landwirt Marcel Dettling führt das Argument aus, dass es nicht akzeptabel ist, dass demokratisch nicht gewählte SRG-Funktionäre frei über Steuereinnahmen von über einer Milliarde Franken bestimmen können. Dies während im Parlament bei der Bildung, der Altersvorsorge, der Landwirtschaft oder bei der Sicherheit über viel tiefere Beträge gestritten werden muss.

Ein Ja zur No Billag Initiative stärkt die Medienvielfalt und verhindert die Verstaatlichung auch der Print- und Onlinemedien in der Schweiz. In der aktuellen Medienpolitik ist eine weitere Verstaatlichung des Schweizer Mediensystems mit der Ausweitung von Subventionen an Zeitungen oder Online-Portale mit dem neuen Mediengesetz vorskizziert. Das wäre das Ende von Medienvielfalt und der freien Medien. Diesen Entwicklungen muss entschieden entgegengetreten werden. Auf diesen Punkt wird FDP-Nationalrat Peter Schilliger eingehen.

Für die Medienvielfalt und den Service public in der Schweiz wird die SRG auch künftig eine wichtige Rolle spielen. Als freies Unternehmen wird sie die Chancen des Marktes voll nutzen können. Dass die SRG mit Steuermilliarden den Markt verzerrt und private Medienhäuser als übergrosser Moloch bedrängt und ausbremst, wird nicht mehr der Fall sein. Die SRG wird stark in der Schweizer Medienlandschaft verankert bleiben, aber in einem fairen Wettbewerb mit gleich langen Spiessen.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. Ich werde kurz vor 14 Uhr an die WAK Sitzung zurückgehen müssen, die ich heute leite. Hans-Ulrich Bigler wird die Leitung der Pressekonferenz für mich übernehmen.

**Pressekonferenz Überparteiliches Komitee «No Billag JA» 09.01.2018**

## **Die SRG wird der Primus der Schweizer Medienlandschaft bleiben**

***Referat Matthias Müller, Vizepräsident Jungfreisinnige Schweiz***

Vor der Abstimmung über die No Billag Initiative malen Direktion und Verwaltungsrat der SRG aus taktischen Gründen schwarz und sprechen von einem Lichterlöschen und einer Liquidation der SRG bei einer allfälligen Annahme der Initiative. Sogar Medienministerin Doris Leuthard hat sich dieser Angstkampagne angeschlossen. Ich nehme es vorweg. Dies ist völlig unglaubwürdig und zeigt eine Haltung von Medienministerin und SRG, die an sich ein hervorragendes Argument für ein Ja zu No Billag ist.

Die SRG ist bezüglich ihrer Position im Werbemarkt und in Bezug auf die aufgebaute und weitestgehend bezahlte Infrastruktur hervorragend aufgestellt. Mit gut positionierten und geschätzten Sendungen bei den Zuhörerinnen und Zuhörern und den TV-Zuschauern sowie in Bezug auf die professionellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist die SRG ein Juwel. Mit diesen von der SRG in ihren Jahresberichten selber ausgewiesenen betriebswirtschaftlichen Stärken und ohne die Fesseln der Mediensteuer kann die SRG noch viel besser positioniert werden.

Diese SRG als hervorragend aufgestelltes Medienunternehmen drohen die Verantwortlichen zu liquidieren, sollte der Souverän ein Ja zur No Billag Initiative beschliessen? Einen Plan B gäbe es nicht, behauptete die Medienministerin anlässlich ihrer Pressekonferenz. Die SRG-Führung kommt denn auch erst jetzt mit unausgegorenen Mini-Plänchen auf. Richtige und damit seriöse Alternativen werden keine aufgezeigt. Das ist wenig glaubwürdig und Skepsis ist angezeigt. Bei der Öffnung des Telefonmarktes in den 90-er Jahren hatte die heutige Swisscom solche Vorteile genutzt und konnte sich unter den neuen Marktbedingungen prächtig entwickeln. Die SRG-Verantwortlichen aber wollen die SRG liquidieren. Das ist m.E. unverantwortlich gegenüber all jenen, die auch künftig Inhalte der SRG konsumieren würden. Und davon gibt es reichlich viele, u.a. meine Wenigkeit.

Medienkenner haben den SRG-Chefs vorgerechnet, dass sie auch bei einem Ja zu No Billag auf ein jährliches Budget von 1,24 Milliarden Franken kommen. Auf die Weltuntergangsrhetorik der SRG hatte dies keinen Einfluss. Trotz Marktanteilen beispielsweise beim Radio von 58,3% sieht das SRG-Management keine Alternative zur Liquidation. Das glauben die Bürgerinnen und Bürger der SRG zu Recht nicht. Nach konservativer eigener Berechnung des sgv und der Jungfreisinnigen kommt die SRG nach einem Ja zu No Billag immer noch auf ein Budget im hohen dreistelligen Millionenbereich, oder wird die Milliardengrenze sogar knacken. In der Pressemappe finden Sie einen detaillierten Plan B für die SRG und den Service public nach einer Annahme der No Billag Initiative. Diese Zahlen, meine Damen und Herren, kann die SRG nicht einfach beiseiteschieben. FDP-Nationalrat und sgv-Direktor Hans-Ulrich Bigler zeigt Ihnen die wichtigsten Punkte auf.

**Pressekonferenz Überparteiliches Komitee «No Billag JA» 09.01.2018**

## **Plan B bei Ja zu No Billag: Service Public geht auch ohne Abzocke**

**Referat Hans-Ulrich Bigler, Nationalrat FDP ZH und Direktor Schweizerischer Gewerbeverband sgV**

Sehr geehrte Damen und Herren

Bei einem Ja zu No Billag kann die SRG als gut positioniertes Unternehmen im Webemarkt und im Publikumsmarkt neue Chancen nutzen. Die SRG steht hier in einer hervorragenden Ausgangslage. Ein Ja zu No Billag ermöglicht auch endlich eine echte und resultatoffene Diskussion über Inhalt und Umfang des Service public, was Chancen für Einsparungen auf der Kostenseite öffnet. Und sollten Leistungen, auf die nach einer fundierten Diskussion zum Service public nicht verzichtet werden soll, so nicht finanziert werden können, gibt es auch bei einem Ja zu No Billag weiterhin die Möglichkeit, Sendungen und Sendegefässe zu subventionieren. Diese vier Bereiche des Plan B zeige ich Ihnen nun gerne auf:

### **Der Plan B für eine starke SRG im TV- und Radio-Markt**

Im Bereich Information sind die heutigen Sendungen der SRG stark am Markt positioniert. Im Bereich des Radios werden in der Primetime Marktanteile von 58,3% und im Bereich des Fernsehens von 37,9% des gesamten Publikumsmarktes geholt. Rund um diese Flaggschiffe der SRG, die bei Teilen der Bevölkerung fast schon zu persönlichen Lebensgestaltungsritualen zählen (10vor10 schauen, bevor man ins Bett geht) lassen sich Grundpakete für Pay-TV Angebote definieren, mit denen sich die SRG auf einen Schlag auch ohne Mediensteuer grosse Marktanteile sichern kann. Diese einfach liquidieren zu wollen, ist absolut nicht glaubwürdig und fahrlässig.

Die SRG besitzt zusätzlich zu diesem breiten Grundangebot in verschiedenen Teilmärkten eine ebenso dominante Stellung, mit der sich heute am Markt als Geschäftsmodell bereits etablierte Zusatzpakete kreieren lassen.

Im Bereich Sport kann die neue SRG mit fest etablierten Sendungen und einer fast unschlagbar starken Marke auftreten. Für Fussball, Ski, Schwingen... können Zusatzpakete definiert werden, mit denen die SRG allen Konkurrenten weit voraus ist.

Nicht bezahlbar! Unmöglich! Liquidation! Das werden die zu erwartenden Reaktionen der SRG-Funktionäre sein. Doch diesen möchte ich nüchtern vorrechnen: Nur für den einzelnen Sender Radio SRF 1 weist der Jahresbericht 2016 eine Reichweite von 1,576 Mio. Zuhörerinnen und Zuhörern aus. Es sind dies traditionelle Hörerinnen und Hörer, die eine sehr enge Bindung zur SRG haben. Aktuell propagiert die SRG einen Jahrespreis von 365 Franken als absolut vertretbar und problemlos. Bei einem angenommenen Extremszenario, dass die SRG ganze 50% dieser stark verankerten Kunden verlieren sollte, würde sie immer noch, nur aus dieser Deutschschweizer Teilgruppe, 287 Millionen Franken Aboeinnahmen generieren. Wenn aus dem TV Markt von den nur auf SRF 1 erreichten 1.7 Mio. Zuschauern nochmals jeder zweite als Abonnement erhalten bleibt, würde dies zusätzlich Einnahmen von 310 Millionen Franken aus Abonnenten ergeben. Damit wären sowohl die Anteile der Mediensteuer, die heute von der Deutschschweiz in die Romandie (CHF 120 Mio.), ins Tessin (CHF 220 Mio.) oder an die Rätoromanischen Sender (CHF 20 Mio.) abgegeben werden, bereits mehr als abgedeckt. Es würde sogar reichen, nur mit diesen Aboeinnahmen der SRG sämtliche heutigen Unterstützungszahlungen an die privaten Sender (CHF 50 – 60 Mio) zu bezahlen.

### **Der Plan B im Werbemarkt**

Auch mit dieser guten Positionierung im Radio- und TV-Markt gehen mit einem Ja zu No Billag die Einnahmen von Gebührenzahlern/Abonnenten nach dem Wegfall der Mediensteuer zurück. Dafür sind neue höhere Einnahmen aus der Werbung über TV, Radio und Online zu erwarten. Mit der heutigen Konzessionierung in den Fesseln der Mediensteuer darf die SRG weder Online noch am Radio - wo sie bezüglich Reichweite absolute Marktleaderin ist - Werbung verkaufen. Auch im TV-Bereich ist die

SRG bezüglich Werbung heute eingeschränkt. Mit einem Ja zu No Billag eröffnen sich der SRG hier neue Möglichkeiten, um höhere Werbeeinnahmen zu erzielen. Über TV-Werbung und Sponsoring (CHF 300 Mio.), Radiowerbung (CHF 80 Mio.) oder Onlinewerbung (CHF 30 Mio.) können konservativ gerechnet über 400 Millionen Franken pro Jahr eingenommen werden. Anstatt an der Positionierung der SRG zu arbeiten und sich unternehmerisch zu verhalten, reden die SRG-Verantwortlichen den Tod der SRG herbei. Damit schadet sich die SRG mit jedem Tag dieser unglaublichen Kampagne und untergräbt ihre eigene hervorragende Position. Sie ist daran, den eigenen Unternehmenswert zu zerstören.

### **Plan B mit Chancen auf der Kostenseite**

Gerade in der Deutschschweiz, wo die SRG heute im Markt private Medien konkurrenziert, kann die SRG ihre Angebote schärfen und differenzierter auftreten. Sie wird Möglichkeiten nutzen können, die parallele Bedienung von drei Sendern im selben Deutschschweizer Markt zu überprüfen und hier Kosteneinsparungen realisieren können.

### **Plan B im Bereich Förderung von Sendungen und Sendegefässen**

Die No Billag Initiative will, dass der Bund keine Radio- und Fernsehstationen mehr subventioniert. Fördergelder für einzelne Sendungen, Sendereihen oder konkrete Gefässe des Service public sind weiterhin möglich. Gerade für sprachliche Minderheiten oder Randregionen sind solche weitgehend unbestritten und werden auch vom Schweizerischen Gewerbeverband sgv unterstützt.

Wichtige nationale Sportevents, wo die SRG heute nicht nur die Übertragung, sondern auch die Produktion sicherstellt (Lauberhornrennen, Schwingfeste...) können auch in Zukunft gefördert werden. Die SRG hat das Know-how und die Erfahrung und ist prädestiniert, die Zuschläge für solche Spezialproduktionen zu erhalten.

Die No Billag Initiative sieht auch keine Verbote für Förderungen beispielsweise über Abgeltungen von Übertragungskosten vor, ähnlich der Distributionskosten bei den Printmedien (indirekte Presseförderung).

Wenn die Funktionäre der SRG angesichts dieser Zahlen drohen, die SRG ohne Plan B komplett zu liquidieren, ist dies betriebswirtschaftlich falsch und demokratiepolitisch sehr fragwürdig. Diese Position kommt einer versuchten Erpressung des Schweizer Stimmvolkes durch vorgetäuschte Arbeitsverweigerung nahe. Denn wenn das Management und die strategische Führung mit dem Juwel der SRG in der Hand, keine Visionen und Geschäftsideen zu entwickeln im Stande sind, ist jeder investierte Steuerfranken zu viel.

Ein Ja zu No Billag öffnet den Weg für eine neue und befreite SRG. Bei einem Ja zu No Billag wird die SRG nicht verschwinden. Sie wird auch mit einem Ja mit einem Budget eines Grosskonzerns in dreistelliger Millionenhöhe weiterarbeiten können. Und sowohl für die regionalen privaten Stationen wie auch für den Service public in der Romandie, dem Tessin und der rätoromanischen Schweiz könnten die Unterstützungsbeiträge aus der Deutschschweiz im heutigen Umfang sichergestellt werden – wenn man bei der SRG denn will.

**Pressekonferenz Überparteiliches Komitee «No Billag JA» 09.01.2018**

## **Ein Ja zur No Billag Initiative schafft willkürliche Steuern und Abgaben für Private und Unternehmen ab**

**Referat Sylvia Flückiger-Bäni, Nationalrätin SVP AG, Vorstandsmitglied sgV, KMU-Unternehmerin und Vizepräsidentin Aargauischer Gewerbeverband**

Ab 2019 müssen alle Bürgerinnen und Bürger eine Mediensteuer bezahlen. Diese Steuer ist willkürlich und ungerechtfertigt. Denn mussten früher nur diejenigen eine Gebühr bezahlen, die die Programme der SRG nutzten, gilt neu ein Zwangs-Generalabonnement für alle.

Mit dem neuen Radio- und Fernsehgesetz werden auch die Unternehmen ab einem Umsatz von 500'000 Franken die neue Billag-Mediensteuer zwingend entrichten müssen. Dies obwohl die Unternehmerinnen und Unternehmer wie auch die Mitarbeitenden als Einzelpersonen alle schon die Mediensteuer bezahlen. Die Medienministerin und die SRG interessiert es auch nicht, dass die Mitarbeitenden in den Unternehmen arbeiten müssen und sicher nicht TV schauen können. Es geht bei der Mediensteuer einzig darum, eine neue Geldquelle zu erschliessen, um von den Unternehmen und den Privatpersonen noch mehr abzukassieren. Diese Doppelbesteuerung ist völlig ungerechtfertigt. Mit einem Ja zur No Billag Initiative wird diese Mediensteuer abgeschafft.

Über 90 Prozent der jährlich insgesamt rund 1,35 Milliarden Franken Mediensteuer, nämlich 1,235 Milliarden Franken fliessen an die SRG. Diese wird dadurch faktisch zur Monopolistin auf dem Radio- und Fernsehmarkt. Die Belastung der Unternehmen beträgt je nach Umsatz zwischen CHF 365.00 und CHF 39'530.00 Franken pro Jahr.

Eine Besteuerung nach Umsatz ist nicht gerecht und völlig willkürlich. Dieses System entlarvt, dass es nicht um eine gerechtfertigte Besteuerung, sondern einzig ums Abkassieren bei einer weiteren Einnahmequelle geht. Umsatzstarke Unternehmen mit kleinen Margen wie z.B. Getreidehändler oder Goldschmiede werden durch das neue System besonders hart bestraft. Die teilweise sehr kleinen Unternehmen müssen sehr hohe Umsätze erzielen bei geringen Gewinnen, um überhaupt existieren zu können. Bei den Unternehmen des Getreidehandels beispielsweise handelt es sich um KMU, welche mit kleinen Margen einen grossen Umsatz von CHF 5 bis 10 Millionen pro Mitarbeiter und Jahr erwirtschaften. Die Branche hat ermittelt, dass ihre Mitglieder in Zukunft zwischen 0,5 und 2 Lohnprozente allein für die Billag-Mediensteuer werden aufbringen müssen.

Die Wirtschaft soll neu jährlich gegen 200 Millionen an die Finanzierung der SRG beitragen. Das ist viermal mehr als die Billag noch 2012 bei den Firmen eingezogen hat. Das ist weder sachgerecht noch vertretbar. Die Unternehmen zahlen heute bereits viele Steuern und Abgaben. Mit einer generell geforderten Abgabepflicht von Firmen ab einer Umsatzgrenze von CHF 500'000 wird eine Doppelbelastung angestrebt. Der Daseinszweck von Unternehmen ist nicht der, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihren Arbeitstag mit TV- oder Radiokonsum verbringen. Teilweise sind Unternehmen auch dazu übergegangen, den Konsum von Medien am Arbeitsplatz ganz zu verbieten und TV-Portale, YouTube und Internetzugänge ganz zu sperren. In anderen Unternehmen können Mitarbeitende aufgrund von Tätigkeiten bei Lärm oder Schutzvorschriften (Tragepflichten von Helm und Gehörschutz) gar nicht Radio hören, geschweige denn fernsehen. Die Arbeitsbedingungen lassen es schlicht nicht zu.

Diese Diskussion wurde 2015 mit der RTVG-Abstimmung geführt. Die Mehrheit der Stände hat damals die RTVG-Revision verworfen. Im Volksmehr kam eine Zufallsmehrheit von rund 3'000 Stimmen für ein Ja zustande. Das Referendum scheiterte. Das Bundesgericht hat nachträglich die Abgabe, wie die Mediensteuer von der Medienministerin getauft wurde, klar als Steuer deklariert. Die RTVG-Revision hätte als Einführung einer Steuer eigentlich das Volks- und Ständemehr schaffen müssen. Mit solchen juristischen Winkelzügen hat die Medienministerin die Steuer durchgebracht. Vor der Abstimmung versprach sie eine resultatoffene Diskussion um Inhalt und Umfang des Service public. Dieses Versprechen hat sie nicht nur nicht eingelöst sondern sämtliche Veränderungen und

Service public ohne Billag-Abzocke!

**JA SRG:**

**No Billag JA**

Diskussionen aktiv blockiert. Ändern lässt sich dies mit einem Ja zu No Billag. Denn mit einem Ja ist diese willkürliche Doppelbesteuerung vom Tisch.

## Pressekonferenz Überparteiliches Komitee «No Billag JA» 09.01.2018

### SRG soll keine heilige Kuh bleiben

#### *Referat Marcel Dettling, Nationalrat SVP SZ und Landwirt*

Mit der RTVG-Revision wurde aus einer Gebühr für Konsum von Radio- und TV-Programmen eine Mediensteuer. Jeder und Jede hat diese zu bezahlen. Die Höhe dieser Steuer beläuft sich pro Jahr auf über 1.35 Milliarden Franken. Zum Vergleich: Die Steuerausgaben für die Staatsender entsprechen damit in etwa der Hälfte des Aufwandes für die Nationalstrasseninfrastruktur oder knapp dem Gesamtbudget des Kantons Schwyz.

Doch da besteht ein grosser Unterschied. Während das Budget für die Erfüllung der Staatsaufgaben demokratisch legitimiert im Parlament beraten und beschlossen wird, können bei der Mediensteuer nicht gewählte SRG-Funktionäre ausserhalb jeglicher parlamentarischen Einflussmöglichkeit und am Souverän vorbei im Alleingang über Steuermilliarden verfügen. Die Situation ist grotesk. Im Parlament debattierten in der vergangenen Wintersession 246 Parlamentarierinnen und Parlamentarier über das Bundesbudget und dabei über Posten, die viel kleiner sind als das Budget der SRG. Gleichzeitig gibt alleine die SRG als Verein ohne klaren Auftrag über 1.2 Milliarden Franken Steuergelder aus und bremst dabei auch noch die privaten Medien aus. Wie schnell das aus dem Ruder laufen kann verdeutlichen die Zahlen anhand der letzten Bundesratswahl vom vergangenen September. Das SRF benötigte sage und schreibe 238 Personen um über die gut 1-stündige Wahl berichten zu können. Da so viele SRF-Leute im Bundeshaus vertreten waren, mussten kleine regionale Sender vor dem Bundeshaus warten. Es verdeutlicht einmal mehr die Übermacht der SRG. Die kleinen Sender haben so fast keine Chance. Die Medienvielfalt leidet massiv.

Während die Landwirtschaft, die Bildung oder die Armee sich in Budgetdebatten rechtfertigen müssen und mit Einsparungen konfrontiert sind, wird die SRG als heilige Kuh ausgeklammert. Das muss sich ändern. Und um diese Diskussion einzufordern und zu ermöglichen, braucht es ein Ja zu No Billag.

Das Problem, dass Steuern und Zwangsabgaben ausserhalb der parlamentarischen Einflussmöglichkeit und am Volk vorbei eingeführt werden, beschränkt sich nicht auf die SRG. Die Billag-Mediensteuer ist jedoch ein Paradebeispiel für diese überhandnehmende staatliche Selbstbedienungsmentalität. Einige Beispiele aus anderen Bereichen können dies verdeutlichen:

- Die Parkgebühren sind insbesondere in den grossen Städten zu einer wichtigen Einnahmequelle für die Behörden geworden, mit der die Bürgerinnen und Bürger richtiggehend abgezockt werden – zusätzlich zu den „normalen Steuern“.
- Geschwindigkeitskontrollen und Radarbussen werden systematisch so eingerichtet, dass möglichst die Staatskassen gefüllt werden.
- Der Bundesrat plant Tests zu Mobility-Pricing. Wie im Mittelalter sollen Strassenzölle verlangt werden. Bezahlen müssen die einfachen Bürger und die KMU, die auf die Strassen zu allen Tages- und Nachtzeiten angewiesen sind.
- Das Bundesamt für Gesundheit diskutiert die Einführung einer Zuckersteuer, um den Leuten über neue Steuern vorzuschreiben, was auf den Teller kommt. Beim Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen BLV werden Ideen für Steuern auf Salz und Fett diskutiert.

Mit einem Ja zu No Billag setzen wir ein Zeichen, dass wir nicht länger bereit sind, neben den ordentlichen Steuern für immer mehr Vorstellungen der Verwaltung und der Regierung Abgaben, Steuern und Gebühren zu bezahlen.

**Pressekonferenz Überparteiliches Komitee «No Billag JA» 09.01.2018**

## **Ein Ja zur No Billag Initiative stärkt die Medienvielfalt und verhindert die Verstaatlichung auch der Print- und Onlinemedien in der Schweiz**

**Referat Peter Schilliger, Nationalrat FDP LU**

„Die Freiheit von Presse, Radio und Fernsehen sowie anderer Formen der öffentlichen fernmeldetechnischen Verbreitung von Darbietungen und Informationen ist gewährleistet“. So steht es in Art. 17 der Bundesverfassung. Freiheit bedeutet aber auch, Medienvielfalt zuzulassen. Die SRG kann einen wichtigen Beitrag für die Medienvielfalt in der Schweiz leisten und wird dies auch bei einem Ja zur No Billag Initiative künftig tun. Mit der heutigen Monopolisierung der SRG und deren Strategie der systematischen Ausbreitung und Verdrängung privater Medien werden dieser Verfassungsgrundsatz und die Medienvielfalt jedoch in Frage gestellt.

Der Bundesrat zeigt im Service public Bericht vom 17. Juni 2016 keine wirkliche Zukunftsstrategie für den Service public im Medienbereich auf. Anstatt eine Grundlage für eine fundierte Debatte über den Umfang des Service public zu liefern, versucht er mit dem Bericht den Status Quo und das Milliardenbudget der SRG zu zementieren. Diese Haltung zieht sich in der aktuellen Debatte über die No Billag Initiative weiter. Trotz grossem Diskussionsbedarf über Umfang und Inhalt des Service public werden sämtliche Diskussionen im Keim zu ersticken versucht. Die Steuergelder sollen fließen. Bürger und KMU sollen zahlen und schweigen. Private Medien versucht man mit ein paar Brosamen aus dem Topf der Steuermilliarden ruhig zu stellen. Die privaten Radio- und TV Stationen wurden von den Staatsgeldern abhängig gemacht und können jetzt, zu für die SRG minimalen Kosten, im Abstimmungskampf als Feigenblatt vorgeführt werden.

Dasselbe Schicksal droht den Zeitungen. Die Zeitungsverlage sind unter Druck. Dies auch deshalb, weil die SRG, mitunter finanziert durch die Milliarden aus der Mediensteuer, sie im Online-Bereich direkt konkurrenziert und unter Druck setzt. Dies obwohl ihr das eigentlich verboten wäre. Die Zeitungsverlage werden mit den Milliarden aus der SRG Kampfkasse so lange konkurrenziert und bedrängt, bis der Markt völlig verzerrt ist und die Verlage sich nicht mehr finanzieren können. Das ist dann der Moment, wo die Rufe lauter werden, dass jetzt doch auch die Presse mit Steuergeldern subventioniert werden müsse. Solche Stimmen, meine Damen und Herren, gibt es bereits. In der aktuellen Medienpolitik ist eine weitere Verstaatlichung des Schweizer Mediensystems mit der Ausweitung von Subventionen an Zeitungen oder Online-Portale mit dem neuen Mediengesetz vorskizziert. Je länger wir es zulassen, dass die zu grosse und zu mächtige SRG die privaten Medien konkurrenziert und unter Druck setzt, umso mehr beschleunigen wir diesen Prozess.

Die Medienvielfalt leidet heute unter der SRG. Das beste Beispiel sind die zuerst konkurrenzierten und ausgebremsten und dann subventionierten privaten Radio- und TV-Stationen, die sich heute wegen finanzieller Abhängigkeit von der SRG vor den Karren spannen lassen müssen. Ich will keine staatliche Medienlandschaft Schweiz über alle Kanäle. Es braucht freie und nicht abhängige private Medien. Eine Medienvielfalt unter der Knute und am finanziellen Tropf der SRG ist keine Medienvielfalt.

Für die Medienvielfalt, für die Unabhängigkeit der Print- und Onlinemedien und für die Befreiung der privaten Radio- und Fernsehstationen braucht es ein Ja zu No Billag.

# JA zu weniger Steuern für alle

Wer keine Programme der SRG konsumiert, soll nicht bezahlen müssen. Die No Billag Initiative schafft die ungerechte Mediensteuer ab. Service public in hoher Qualität ist ohne Zwang möglich.

«Mit einem JA zu No Billag setzen wir ein Zeichen gegen die Selbstbedienungsmentalität des Staates, der bei Parkgebühren, mit Radarfallen und mit Steuern auf Genussmittel immer mehr abkassiert.»



Jessica Brestel,  
Medizinstudentin,  
Jungfreisinnige Zürich

Die SRG ist zu gross und zu schwerfällig geworden. Sie ruiniert mit ihren Steuermilliarden und ihrer aggressiven Ausdehnung die privaten Medienhäuser. Bezahlen müssen das die Bürger. Die Wirtschaft wird sogar doppelt besteuert.

Eine neue, befreite SRG ist möglich – ohne Billag-Abzocke! Ein **JA** zu No Billag ist ein **JA** zu einer unabhängigen starken SRG und einem starken Service public in allen Sprachregionen.

## Wir sagen Ja.



Jean-François Rime,  
Nationalrat SVP FR,  
Präsident sgv



Peter Schilliger,  
Nationalrat FDP LU,  
Unternehmer



Natalie Rickli, Nationalrätin SVP ZH



Hans-Ulrich Bigler,  
Nationalrat FDP ZH,  
Direktor sgv



Andri Silberschmidt,  
Präsident Jungfreisinnige



Marcel Dettling,  
Nationalrat SVP SZ,  
Landwirt



Sylvia Flückiger,  
Nationalrätin SVP AG,  
Vorstand sgv,  
Unternehmerin



Marcel Schweizer, Unternehmer, Präsident kantonaler Gewerbeverband BS



Werner Scherrer, Unternehmer, Präsident kantonaler Gewerbeverband ZHV

**Weiteres Komitee:** Adrian Amstutz, Nationalrat SVP; Michael Buffat, Nationalrat SVP; Jörg Caluori, Unternehmer; Raymond Clottu, Nationalrat SVP; Pierre Creteny, Hans Eglolf, Nationalrat SVP; Sebastian Frehner, Nationalrat SVP; Andreas Glarner, Nationalrat SVP; Uwe Grampe, Unternehmer; Franz Gräter, Nationalrat SVP; Verena Herzog, Nationalrätin SVP; Albert Hirayama, CVP; Christian Imark, Nationalrat SVP; Tobias Infortuna, Vorstandsmitglied SVP; Thomas Matter, Nationalrat SVP; Markus Nann, Unternehmer; François Pellouchoud, Abgeordneter VS; Lorenzo Quadri, Nationalrat SVP; Beni Riedi, Kantonsrat SVP; Christian Riesen, Wirtschaftsformatiker; Konrad Rüegg, Unternehmer; Michael Schaub, SVP; Pirmin Schenk, Ortschaftspräsident SVP; Helene Schulthess, Flötistin; Urs Schüpbach, ehem. Unternehmer; Juraj Sekerka, Managing Partner; Sandra Söllberger, Nationalrätin SVP; Bruno Stanek, Raumfahrtexperte; Heinz H. Sulzer, dipl. Ingenieur; Pirmin Schwander, Nationalrat SVP; Mauro Tuena, Nationalrat SVP; Walter Wobmann, Nationalrat SVP; Rolf Vetterli, Unternehmer; Claudio Zanetti, Nationalrat SVP

Service public ohne Billag-Abzocke!

# JA SRG: No Billag JA



**JA** SRG: Service public geht ohne Billag-Abzocke

**JA** zu einer neuen und unabhängigen SRG

**JA** zum Service public in allen Landesteilen ohne Zwang

**JA** zu weniger Steuern für alle

**JA** zur Abschaffung der willkürlichen Doppelbesteuerung für KMU

**JA** zu Vielfalt und Freiheit der Medien

Deshalb am 4. März 2018

[No-billag-ja.ch](http://No-billag-ja.ch)

# No Billag JA

Überparteiliches Komitee No Billag JA, Schwarztorststrasse 26, 3007 Bern

## Neue und unabhängige SRG

Ein JA zu No Billag befreit die SRG. Anstatt Dauerkritik abzuwehren, kann sich die SRG mit einem JA zu No Billag auf Qualität und Journalismus konzentrieren. Die SRG als Primus der Schweizer Medienlandschaft wird Marktleaderin bleiben. Ende der 90er Jahren hat die Swisscom ihre Chance genutzt und wurde vom Staatsbetrieb zum Erfolgsunternehmen. Das kann auch die SRG.

**«Beim Radio erreicht SRF Traumquoten von 58.3 %. Eine hervorragende Ausgangslage. Dass die SRG-Chefs bei einem JA zu No Billag mit Liquidation drohen, ist billige Angstmacherei.»**



Daniel Hildebrand,  
Präsident Drogistenverband  
Nordwestschweiz

## Ja zu Service public in allen Landesteilen

Die Förderung von Sendungen und Sendungsreihen ist mit einem JA zu No Billag immer noch möglich. Heute zahlt die SRG 360 Mio. Franken von der Deutschschweiz an die anderen Sprachregionen. Sollte die SRG in einem Extremzenario ganze 50% des treuen Publikums von Tagesschau oder Radio SRF1 als Abonnenten verlieren, reicht das Geld aus Abonementen und Werbung für die Unterstützungszahlungen immer noch – auch für die Beiträge an die Privaten.

**«Ein Service public in allen Landesteilen und Sprachregionen ist unbestritten – auch mit einem JA zu No Billag.»**



Céline Amaudruz,  
Nationalrätin SVP GE

## Weg mit ungerechter Doppelbesteuerung

Mit einem Umsatz von 500 000 Franken zahlen Unternehmen doppelt Mediensteuer: Unternehmer, Mitarbeitende und nochmals die Firmen werden zur Kasse gebeten. Die Mediensteuer ist ein Paradebeispiel für immer mehr Gebühren, Steuern und Abgaben.

**«Die ungerechte Doppelbesteuerung für Unternehmen ist mit einem JA zu No Billag vom Tisch.»**



Jakob Lötscher,  
eidg. dipl. Schreinermeister,  
Lötscher & Co. AG

## Überparteiliches Komitee No Billag JA

**Präsidium:** Rime Jean-François, Nationalrat SVP FR, Präsident sgv, Flückiger-Bäni Sylvia, Nationalrätin SVP AG, Vorstandsmitglied sgv und Unternehmerin, Schilliger Peter, Nationalrat FDP LU, Unternehmer, Dettling Marcel, Nationalrat SVP SZ, Landwirt, Brestel Jessica, Medizinstudentin, Jungfreisinnige ZH

Name	Vorname	Funktion	Firma/Partei	Ort
Amaudruz	Céline	Nationalrätin	SVP	Genf
Amstutz	Adrian	Nationalrat	SVP	Bern
Blocher	Christoph	Alt Bundesrat	SVP	Zürich
Buffat	Michaël	Nationalrat	SVP	Waadt
Caluori	Jörg	Unternehmer	CAMAS PR GmbH	
Clottu	Raymond	Nationalrat	SVP	Neuenburg
Cretegny	Pierre			
Egloff	Hans	Nationalrat	SVP	Zürich
Frehner	Sebastian	Nationalrat	SVP	Basel-Stadt
Glarner	Andreas	Nationalrat	SVP	Aargau
Grampe	Uwe	Unternehmer		
Grüter	Franz	Nationalrat	SVP	Luzern
Herzog	Verena	Nationalrätin	SVP	Thurgau
Herzog	Max		Oldieradio	Rorbas
Hildebrand	Daniel	Präsident Drogen- tenverband Nord- westschweiz		Basel
Hirayama	Albert		CVP	
Imark	Christian	Nationalrat	SVP	Solothurn
Infortuna	Tobias	Vizepräsident	SVP	Uster
Kleeb	Andreas	Unternehmer	Beelk group	Zug
Lötscher	Jakob	Dipl. Schreiner- meister		Schiers
Matter	Thomas	Nationalrat	SVP	Zürich
Müller	Matthias	Vizepräsident	Jungfreisinnige Schweiz	Aargau
Nann	Markus	Unternehmer		
Pellouchoud	François	Grossrat		Wallis

Quadri	Lorenzo	Nationalrat	SVP	Tessin
Rickli	Natalie	Nationalrätin	SVP	Zürich
Riedi	Beni	Kantonsrat	SVP	Baar
Riesen	Christian	Wirtschaftsinfor- matiker		
Rüegg	Konrad	Unternehmer		
Schaub	Michael		SVP	Uznach
Schenk	Pirmin	Ortsparteipräsi- dent	SVP	Flamatt
Scherrer	Werner	Unternehmer, Präsident	kantonaler Gewer- beverband ZH	Zürich
Schulthess	Helene	Flötistin		Küsnacht
Schüpbach	Urs	Ehem. Unterneh- mer		Felben-Wellhausen
Schwander	Pirmin	Nationalrat	SVP	Schwyz
Schweizer	Marcel	Unternehmer, Präsident	kantonaler Gewer- beverband BS	Basel-Stadt
Sekerka	Juraj	Managing Partner		Basel
Silberschmidt	Andri	Präsident	Jungfreisinnige	
Sollberger	Sandra	Nationalrätin	SVP	Basel-Landschaft
Stanek	Bruno	Raumfahrtexperte		
Sulzer	Heinz H.	Dipl. Ingenieur		
Schwander	Pirmin	Nationalrat	SVP	
Tuena	Mauro	Nationalrat	SVP	Zürich
Wobmann	Walter	Nationalrat	SVP	
Vetterli	Rolf	Unternehmer		
von Allmen	Thomas	Student	Jungfreisinnige	Luzern
Zanetti	Claudio	Nationalrat	SVP	Zürich